

Jens Petermann MdB

Sehr geehrter Herr Petermann,

ich habe mit Interesse das Flugblatt "Prekäre Beschäftigung" gelesen.

Was leider bei diesem Thema immer vergessen wird ist, dass prekäre Beschäftigung nicht nur ein Problem von ArbeitnehmerInnen ist.

Besonders in Zeiten eines immer schlechteren Arbeitsmarktes ist für viele Menschen die Selbständigkeit eine (scheinbare) Alternative zur Arbeitslosigkeit.

Das führt dazu, dass in immer größerem Maß auch insbesondere Kleinunternehmer zum Kreis der prekär Beschäftigten hinzukommen. Dieser Personengruppe nimmt sich leider keine Partei mit der gebotenen Aufmerksamkeit an.

Oftmals ist die Situation der prekär tätigen Kleinunternehmer noch viel schlimmer als die der prekär beschäftigten ArbeitnehmerInnen. Während Letztere oft immerhin noch einen Mindestschutz durch die gesetzliche Sozialversicherung - insbesondere Krankenversicherung - genießen, können sich Kleinunternehmer häufig nicht einmal eine Krankenversicherung leisten, da durch die falsche Ausgestaltung der Beitragsbemessung viel zu hohe Beiträge gefordert werden.

Gleichzeitig wird durch ein unsägliches Verfahren der Zugang zu ergänzenden Hilfen zum Lebensunterhalt (sprich Hartz IV) erschwert. Besonderer Kritikpunkt hierbei ist, dass die ARGEn (zumindest in Thüringen) ein eigenes System der Gewinnermittlung etabliert haben. Das bedeutet, dass der hilfeschuchende Kleinunternehmer - der oftmals kaufmännisch unerfahren ist - gezwungen wird, neben den Aufzeichnungen für Zwecke der Besteuerung eine weitere Gewinnermittlung zu erstellen. Da die (steuerliche) Buchführung/Gewinnermittlung wegen mangelnder Kenntnisse an externe Dienstleister vergeben werden muß, entstehen dem finanziell schon mit dem Rücken zur Wand stehenden Kleinunternehmer für den Hartz IV-Antrag weitere Kosten. Da diese Kosten nicht erbracht werden können, unterbleibt der Hartz IV-Antrag oder wird wegen Mängeln im Antrag abschlägig beschieden.

Jeder Zehnte, der sich an eine Schuldnerberatung wendet, ist selbständig - damit sind die Selbständigen im Verhältnis zu ihrem Anteil an der Bevölkerung deutlich überrepräsentiert. Die Selbständigen haben auch einen höheren Anteil ihrer Schulden bei Banken, anderen gewerblichen Gläubigern und der öffentlichen Hand - hier vor allen beim Finanzamt. Zudem ist die Summe ihrer Schulden deutlich höher: im Durchschnitt 90.000 EUR, mehr als dreimal so viel wie bei den anderen Überschuldeten.

Von 34.300 Firmen, die sich in 2009 zahlungsunfähig meldeten, waren nach dem Schuldneratlas der Auskunftstei Creditreform die Hälfte Kleingewerbetreibende oder Freiberufler. Die Folgen für den Unternehmer selbst und seine Familie will ich hier nicht näher darstellen.

Ich könnte die Reihe der Beispiele noch beliebig fortsetzen. Stichworte seien hier nur Arbeitszeit, unentgeltlich mithelfende Familienangehörige, schlechter Zugang zu Krediten, Scheinselbständigkeit, Bürokratie, mangelhaftes Vergaberecht, schlechte Zahlungsmoral der öffentlichen Hand usw.

Aus meiner Sicht muss sich DIE LINKE dieser Probleme der Kleinunternehmer annehmen und deren Interessenvertreter im Bundestag werden.

Es müssen Mindeststandards der sozialen Absicherung für Kleinunternehmer entwickelt und eingefordert werden. Es müssen Massnahmen benannt werden, mit denen die Einführung des Mindestlohnes für Kleinunternehmer (für eine Übergangszeit) bezahlbar gestaltet wird. Es müssen Regelungen zur Förderung reparaturfreundlicher Produkte und zur Förderung des Reparaturhandwerks geschaffen werden. Es gilt den ermäßigten Umsatzsteuersatz auf alle Waren und Dienstleistungen des notwendigen Lebensbedarfs, für die gesamte Gastronomie und arbeitsintensive Dienstleistungen einzufordern.

Es geht immerhin um mehr als 90% aller Unternehmen in der BRD und der EU. Das zur Zeit stark von gewerkschaftlicher Perspektive geprägte Unternehmerbild der LINKEN ist nicht geeignet, einen angemessenen Umgang mit Kleinunternehmern zu finden. Es muss stark zwischen den Großunternehmen und klein- und mittelständischen Unternehmern differenziert werden. Dazu gehört in erster Linie auch die Erkenntnis, dass Kleinunternehmer nicht über unermessliche finanzielle Mittel verfügen und trotzdem der eigentliche Träger unserer Volkswirtschaft sind. DIE LINKE muss zeigen, dass sie nicht nur eine Partei für die sozialen Belange der ArbeitnehmerInnen usw. ist sondern auch eine Partei der Wirtschaft - insbesondere der klein- und mittelständischen UnternehmerInnen.

Ich würde mich sehr freuen, wenn Sie o. g. Überlegungen in Ihre Abgeordententätigkeit im Bundestag mit einbeziehen. Gerne können wir diese gesamte Thematik bei passender Gelegenheit auch ausführlicher diskutieren.

Mit freundlichen Grüßen

Gerd Beck  
Steuerberater  
Stellvertretender Vorsitzender OWUS Dachverband e.V.  
Vorsitzender OWUS-Thüringen e. V.  
Am Rain 35  
98544 Zella-Mehlis  
fon: 0171 / 51 23 762  
mail: GerdBeck-ZM@t-online.de